

Simone Knapp, Boniface Mabanza
Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika – KASA

Land ist Leben

Landrechte in Sambia







Inhalt

Einleitung	4
Sambia	
Grunddaten	5
Sambia nach den Wahlen 2011	5
Land für wen? Sambias Landpolitik im Wandel der Zeit	7
Land wofür? Großflächiger Landerwerb in Sambia	12
Ferrostaals Engagement in Mpika	14
Der Distrikt Mpika	16
Plantage im Chikwanda Chieftdom	17
Plantage im Mpepo Chieftdom	18
Auswirkungen	20
Zusammenfassung	24
Empfehlungen für die Weiterarbeit	26



Einleitung

Die Landfrage wird derzeit weltweit in ihren vielen Facetten heiß diskutiert. Landreformen und Konzepte ländlicher Entwicklung gewinnen eine neue Bedeutung und werden auf ihre Tauglichkeit für die Ernährungssicherheit und -sozialverträglichkeit hin überprüft. Das Thema Landgrabbing stößt schon aufgrund der enormen Ausweitung der in den letzten Jahren davon betroffenen Flächen auf massives Medieninteresse: Schätzungsweise wurden rund 130 Millionen Hektar Land in den letzten zehn Jahren allein in Afrika von ausländischen Investoren aufgekauft und gepachtet.¹ Auch wenn diese Zahlen auf Schätzungen basieren, gibt es Anzeichen dafür, dass im Umgang mit der Ressource Land ein neues Kapitel aufgeschlagen wird, das in seinen Dimensionen und seiner Dynamik an die kolonialen Eroberungen der vergangenen Jahrhunderte erinnert. Zu den zehn Ländern, die am meisten von Landgrabbing betroffen sind, gehört Sambia.² Während zu anderen betroffenen afrikanischen Ländern ziemlich gut dokumentierte Studien vorliegen, ist die Faktenlage zu Sambia noch sehr lückenhaft.

Die *Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika* (KASA) hat in der Landfrage bisher eher zu Südafrika und Simbabwe gearbeitet, doch einige ihrer Trägerorganisationen halten engen Kontakt zu Partnern in Sambia und wurden durch sie

auf einen Fall von Landgrabbing in der Diözese Mpika im Norden Sambias aufmerksam. Dies hat die KASA zum Anlass genommen, *Caritas Zambia* und *Zambia Land Alliance* (ZLA) mit einer Studie über die Verwicklung deutscher Unternehmen in Landgrabbing in Sambia zu beauftragen.

Die vorliegende Broschüre dokumentiert die Ergebnisse dieser Fallstudien zu Ferrostaal und zur Deutschen Bank, die zwischen Oktober 2011 und März 2012 durchgeführt wurden, stellt sie in den historischen Kontext und ermöglicht damit einen Zugang zur Landproblematik in Sambia.

Nach wie vor leben in Sambia zwei Drittel der Bevölkerung auf dem Land und vom Land. Für sie sind Nutzungsrechte und Veränderungen in der Landgesetzgebung von existenzieller Bedeutung. Doch wie sich zeigt, wird in der Regel über ihre Köpfe hinweg entschieden und sie haben keine Möglichkeit, ihre Zukunft als Bauern mitzugestalten.

Mit dieser Veröffentlichung will die KASA zivilgesellschaftliche Organisationen mit Beziehungen nach Sambia ermutigen, gemeinsam mit ihren Partnern vor Ort aktiv in die Debatte einzugreifen und sich im Sinne der Option für die Armen für eine nachhaltige und menschenrechtsbasierte Landnutzung einzusetzen.



Sambia

Grunddaten

Sambia hat eine Fläche von 75,2 Millionen Hektar, wovon etwa sieben Prozent landwirtschaftlich genutzt werden. Die Bevölkerungsdichte ist mit 14,9 Einwohnern³ pro Quadratkilometer sehr niedrig. Fast 80 Prozent der rund 14 Millionen Einwohner arbeiten in der Landwirtschaft, die mit 20 Prozent zum Bruttosozialprodukt (BIP) beiträgt. Dagegen finden nur etwa acht Prozent der Bevölkerung Beschäftigung im Bergbausektor, auf den ebenfalls 20 Prozent des BIP entfallen. Kupfer ist nach wie vor das wichtigste Exportprodukt Sambias und war aufgrund der internationalen Preisschwankungen in der Vergangenheit für die Instabilität des Landes mitverantwortlich. Um nach der Schuldenkrise die Kreditwürdigkeit Sambias zu erhalten, hatten der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank in den 1980er Jahren Strukturanpassungsmaßnahmen auferlegt, die zu drastischem Sozialabbau und Hungerrevolten führten.

Seit der Liberalisierung der Wirtschaft in den 1990er Jahren sind die Menschen eher ärmer geworden. Die Nahrungsmittelpreise stiegen in den letzten Jahren stetig und die Gesundheitsvorsorge bleibt für die meisten Sambier bis

heute unbezahlbar. Die durchschnittliche Lebenserwartung liegt bei 52 Jahren.

Die Einkommensverteilung im Land ist sehr ungleich; der GINI-Index liegt bei 50,8. Die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung verdienen 41 Prozent des Einkommens. Etwa acht Millionen Menschen, mehr als die Hälfte der Bevölkerung, fristen ein Leben unterhalb der Armutsgrenze.

Sambia nach den Wahlen 2011

Am 20. September 2011 fanden in Sambia Wahlen statt, aus denen Michael Chilufya Sata, der Oppositionsführer der *Patriotic Front* (PF), als Sieger hervorging. Mit seinem Sieg endete die seit 20 Jahren andauernde Regierungszeit der *Movement for Multiparty Democracy* (MMD). Im Wahlkampf versprach Sata, das Land innerhalb von 90 Tagen völlig umzugestalten und den Schwerpunkt seiner Politik auf die Schaffung von Arbeitsplätzen, den Kampf gegen die Korruption und die Ausarbeitung einer neuen Verfassung zu legen.

Nach ihrem Amtsantritt verscrieb sich Satas Regierung vor allem dem Kampf gegen die Korruption. Sie begann mit



der Untersuchung von Verträgen, die noch von der Vorgängerregierung geschlossen worden waren. Bis heute wurden bereits einige Firmen und Banken wieder verstaatlicht, deren Privatisierung von Korruption geprägt oder nicht gesetzeskonform abgelaufen war. Auch in Zukunft will die neue Regierung hart gegen Korruption vorgehen, gegebenenfalls Verträge aufheben und Verantwortliche zur Rückzahlung staatlicher Gelder zwingen. Es besteht die Hoffnung, dass im Zuge dessen auch Verträge über großflächigen Landerwerb überprüft werden.

Die *Patriotic Front* versprach im Wahlkampf, den Verfassungsreformprozess, der schon fast ein Jahrzehnt andauert, zu Ende zu führen. 2003 war die erste Kommission eingerichtet und ein breiter Konsultationsprozess im Land durchgeführt worden. Doch statt dessen Ergebnisse als Grundlage für einen Verfassungsentwurf zu nehmen, setzte die Regierung 2007 eine neue Verfassungskonferenz ein, die aber aufgrund ihrer Besetzung von der damaligen Oppositionspartei *Patriotic Front* boykottiert wurde. Erst nach drei Jahren (2010) lag ein neuer Entwurf vor, zu der die Bevölkerung allerdings kaum Gelegenheit hatte, sich zu äußern. Eine entscheidende Änderung gegenüber den Vorschlägen von 2003 war die Streichung der wirtschaftlichen, sozialen

und kulturellen Menschenrechte. Nach massiven Protesten wurde der Entwurf im März 2011 vom Parlament abgelehnt.

Drei Monate nach dem Amtsantritt von Präsident Sata liegt nun bereits ein neuer Verfassungsentwurf zur Diskussion vor und die Zivilgesellschaft hat die Möglichkeit, ihre Forderungen – besonders mit Blick auf Landrechte und Ernährungssicherheit – einzubringen.

Die Landfrage wird im Parteiprogramm der PF eher nachrangig behandelt. Eine der konkreten Forderungen ist neben Transparenz und guter Regierungsführung die Rechtssicherheit besonders für die ländlichen Gebiete und die Notwendigkeit eines *Land Audit*.⁴

Auch seit der Wahl ist die Regierung auf die Landfrage nicht systematisch eingegangen, obwohl angesichts der hohen Zahl von Landkäufen und der damit verbundenen Konflikte eine Klärung der gesetzlichen Grundlagen und der Verantwortlichkeiten rund um die Landnutzungsrechte dringend notwendig wäre. Die Zivilgesellschaft befürchtet, dass die Landfrage ein ähnliches Schicksal erleidet wie die versprochene Erhöhung der Besteuerung von Bodenschätzen (*Windfall Tax*) und in Vergessenheit gerät.



Land für wen? Sambias Landpolitik im Wandel der Zeit

Land war in Sambia vor der Kolonialzeit wie in allen afrikanischen Gesellschaften Gemeinschaftseigentum. Es wurde von den Menschen verwaltet, die es bewohnten und bewirtschafteten. Der *Chief* des jeweiligen Dorfes organisierte die Verteilung je nach Bedarf und Arbeitskapazität der Familien und konnte die Nutzung auch Außenstehenden erlauben. Land wurde grundsätzlich bedingungslos und auf Zeit vergeben und blieb Eigentum der Gemeinschaft.

Mit der Ankunft der weißen Siedler änderte sich die Situation grundlegend. Ihr Verständnis von Besitz entsprach in keiner Weise der lokalen Tradition. Sie nahmen für sich in Anspruch, Land aufzukaufen, zu enteignen und zu privatisieren. 1928 wurde das duale System eingeführt, das *Crown Land* von *Tribal Land* unterschied. Das *Crown Land* war im Besitz der englischen Krone und wurde später als Staatsland bezeichnet. Es stand ausschließlich den weißen Siedlern und der Kolonialverwaltung für die Ausbeutung natürlicher Ressourcen zur Verfügung, lag an strategisch wichtigen Verkehrslinien und stand unter britischem Recht. Dies bedeutete, dass Eigentumsrechte auf Privatpersonen übergehen konnten. Für die Einheimischen blieben die marginalen Gebiete als *Tribal Land*, als „Stammesland“ übrig, die weiterhin nach traditionellem Recht verwaltet und nach

der Unabhängigkeit als *Customary Land* (traditionelles Land) bezeichnet wurden. Hier erhielten die Menschen meist zeitlich begrenzte Nutzungsrechte, konnten aber keinen Landtitel erwerben. Im Gegensatz zum Staatsland mussten die Nutzer aber auch keine Pachtgebühren entrichten.



Ein typisches Citemene-Feld. Die Baumstümpfe schlagen spätestens im zweiten Jahr wieder aus.



Citemene – die traditionelle Form der Landnutzung in Sambia

Citemene bedeutet „Ort, an dem Zweige abgeschlagen wurden“ und bezeichnet ein Brandrodungs- und Wanderfeldbausystem, das unter anderem von den Bemba, der bevölkerungsreichsten Volksgruppe Sambias, in der Miombo-Waldsavanne angewendet wird. Die Felder werden für die Subsistenzwirtschaft genutzt. Dabei sind die unterschiedlichen Arbeitsschritte zwischen Männern und Frauen aufgeteilt.

Um die *Citemene*-Felder für den Anbau der Grundnahrungsmittel (z.B. Hirse) vorzubereiten, ziehen die Männer zu Beginn der Trockenzeit in ein Waldgebiet, schlagen die Äste der hohen Bäume ab und fällen kleinere Bäume. Frauen schichten später das getrocknete Holz in der Mitte des Feldes zu mehreren Haufen auf und brennen diese dann zu Beginn der Regenzeit ab. Dadurch entsteht der für die Brandrodung typische Acker, der mit einer dicken Schicht Asche bedeckt ist. Der pH-Wert des Bodens erhöht sich und das Ackerland ist dadurch sehr viel fruchtbarer und anspruchsloser. Gleichzeitig wird das Unkraut vernichtet und die Felder brauchen im weiteren Verlauf

nur noch wenig Pflege. Wenn das Feld abgebrannt ist und der Boden seit Beginn der Regenzeit genug Wasser aufgenommen hat, beginnen die Frauen mit der Bepflanzung und Aussaat.

Typisch für das *Citemene*-System ist der Fruchtwechsel zwischen Gemüse und Getreide. Im fünften Jahr wird das Feld aufgegeben und liegt dann für mindestens 15 Jahre brach.

Die Fläche, auf der die Bäume gerodet und die Äste abgeschlagen werden, ist deutlich größer als das Feld, auf dem letztendlich Ackerbau betrieben wird. Diese Gesamtfläche wird von der Familie genutzt, um Holzkohle herzustellen und Wildgemüse und Waldfrüchte zu sammeln. Um die Versorgung im Dorf aufrechtzuerhalten, werden im Durchschnitt etwa vier Hektar pro Erwachsenem kultiviert, wobei sich die Größe der von einem Haushalt bewirtschafteten Fläche nach dessen Zusammensetzung richtet. Je mehr Arbeitskraft ein Haushalt bereitstellen kann, desto mehr Fläche wird ihm vom *Chief* zugesprochen.



In weiten Teilen des Südlichen Afrika wird aufgrund der marginalen Böden traditionell Wanderfeldbau betrieben (siehe Kasten links). Intensive Landwirtschaft ist fast nur auf den guten Böden des Staatslandes und unter Einsatz von Düngemitteln möglich.

In Sambias erster Regierung nach der Unabhängigkeit hatte Präsident Kenneth Kaunda sämtliches Land verstaatlicht, auch das privatrechtliche Land der Siedler. Diese erhielten im Gegenzug einen Pachtvertrag über 100 Jahre. Ausländischen Investoren wurde es hingegen fast unmöglich gemacht, Land in Sambia zu pachten. Wie seinem Kollegen aus Tansania, Julius Nyerere, ging es Kaunda dabei weniger um eine sozialistische, als vielmehr um eine indigene afrikanische Landpolitik:

„Wir in Afrika haben Land immer schon als Gemeingut gesehen. Jeder individuelle Mensch unserer Gesellschaft hat das Recht, Land zu nutzen, denn sonst kann er weder essen noch leben. [...] Aber das afrikanische Recht auf Land bezog sich immer nur auf die Nutzung, weitere Rechte auf das Land hatte niemand und es kam auch keiner auf die Idee, mehr einzufordern.“⁵



Die Dörfer liegen inmitten der Waldsavanne.



Eine Familie bei der Holzkohle-Produktion.

Doch bereits im Zuge der Strukturanpassungsmaßnahmen und der folgenden Liberalisierung wurde die Landpolitik Sambias verändert. Als Folge der so genannten Demokratisierungswelle zu Beginn der 1990iger Jahre übernahm die MMD (*Movement for Multiparty Democracy*) unter Frederick Chiluba die Regierungsgeschäfte und warb einerseits mit dem Recht auf Privateigentum, andererseits mit dem Mehrwert für die Entwicklung, wenn auch das Land als Ware betrachtet werden würde. Mit dem Landgesetz von 1995 sollte ausländischen Investoren der Zugang zu Land wieder ermöglicht und *Customary Land* sukzessive in Staatsland umgewandelt werden. Nach wie vor galt das britische System, in dem grundsätzlich alles Land der Queen – im Falle Sambias dem Präsidenten – gehört. Man unterscheidet zwischen *freehold* und *leasehold*, wobei es sich bei letzterem um ein zeitlich begrenztes Pachtsystem handelt. Unter *freehold* gehört das Land zwar eigentlich dem Präsidenten, doch rechtlich wird es als Eigentum des Pächters betrachtet. Er kann es auf unbestimmte Zeit pachten und veräußern. Beide Systeme erlauben es den Pächtern, Kredite oder Hypotheken auf das Land aufzunehmen, um Investitionen tätigen zu können. Durch die Vergabe von Landtiteln haben sie die größtmögliche Rechtssicherheit.



Die Idee war, dass auch die Kleinbauern, die nach wie vor über ihre *Chiefs* Land bekommen, dieses registrieren lassen und dafür dann einen Titel erhalten können. Aufgrund der zentralisierten Registrierung – diese findet ausschließlich in der Hauptstadt Lusaka statt – und der daraus resultierenden obligatorischen Pachtzahlungen war dies jedoch nie eine Option für Kleinbauern. Sobald aber das Land umgewandelt oder ein Titel vergeben wird, verlieren die traditionelle Dorfgemeinschaft und damit der *Chief* den Zugriff darauf.

Rechtskräftig wird eine solche Umwandlung erst, wenn sowohl der zuständige *Chief* als auch die Gemeinde- oder Dorfräte ihre Zustimmung erteilt haben und gewährleistet ist, dass keines anderen Recht verletzt wird. Es wäre demnach nicht möglich, Land, das unter traditionellem Recht von einer Familie genutzt wird, an ausländische Investoren zu vergeben.

Durch die großen Brachen erscheint das Land vordergründig als untergenutzt. Unter anderem deshalb wird das traditionelle System auch von Regierungsseite als veraltet und ineffektiv angesehen. Doch tatsächlich gibt es bisher kein nachhaltiges modernes System, das für diese als Öko-region⁶ klassifizierte Waldsavanne taugen würde.

Auch wenn theoretisch das traditionelle (*customary*) Recht und das verschriftlichte (*statutory*) Recht auf Land als gleichrangig behandelt werden, so ist doch gerade vor dem Hintergrund der Landknappheit, die einerseits durch das Bevölkerungswachstum, andererseits durch die großflächige Aneignung von Land durch Investoren bedingt ist, deutlich geworden, dass das gesamte System enorm anfällig für Korruption und die Umgehung der Vorschriften ist. Die Regierung suggeriert der Bevölkerung einen Vorteil durch die Umwandlung in Staatsland, die *Chiefs* nutzen ihre Stellung aus, ohne die Gemeinschaften zu konsultieren, und viele der betroffenen Menschen wissen wenig über ihre angestammten Rechte und vertrauen den traditionellen Autoritäten.

„Die Regierung möchte Investoren, der Chief möchte Geld und die Menschen Jobs, weil sie sich nicht mehr auf die immer unsicher werdende Landwirtschaft verlassen wollen.“

Jessica Chu, Zambia Land Alliance (ZLA)



Land wofür? Großflächiger Landerwerb in Sambia

Schaut man allein auf die Zahlen, so erscheint Sambia dünn besiedelt und es entsteht der Eindruck, als stünde viel ungenutztes Land zur Verfügung. Immer wieder kann man von Sambias „ungenutztem Potential“ in der Landwirtschaft lesen. Doch die Realität sieht ganz anders aus: Die Böden sind zum großen Teil für intensive Landwirtschaft nicht geeignet. Das beste Land ist seit der Kolonialzeit Staatsland und wird von Großfarmern bewirtschaftet. Parallel dazu werden weite Teile des Landes in einer speziellen Form des Wanderfeldbaus (*Citemene* siehe Kasten auf Seite 8) genutzt, für die große Flächen Land benötigt werden. Dasselbe gilt für die Viehwirtschaft. Wegen der dünnen Besiedlung ist die Infrastruktur vor allem auf dem Land sehr schlecht, so dass derzeit etwa 80 Prozent des zur Verfügung stehenden Landes mehr als sechs Stunden vom nächsten Markt entfernt sind.⁷ Vor allem für die Kleinbauern, die hauptsächlich für den Eigenbedarf arbeiten, ist es schwer, ihre Überschüsse zu den Märkten zu transportieren. Unter den gegebenen Bedingungen und ohne größere staatliche Investitionen ist eine intensivere landwirtschaftliche Produktion nicht rentabel.

Die Regierungsjahre der MMD haben den Blick auf die Ressource Land verändert: Land wurde zur Ware, bisheriges

Customary Land wurde in Staatsland umgewandelt und dem Zugriff der lokalen Dorfgemeinschaften entzogen. *Zambia Land Alliance* (ZLA) schätzt, dass entgegen den offiziellen Angaben heute nicht mehr 94 Prozent der Landfläche traditionelles Land sind, sondern höchstens noch 60 Prozent. Diese Schätzung bezieht sich nur auf die Flächen, die seit 2008 – dem Beginn der großflächigen Landinvestitionen – umgewidmet wurden.

Die ZLA hat in den letzten Jahren einige Studien zu Investitionen in landwirtschaftliche Projekte durchgeführt, bei denen es um mehr als 1 000 Hektar Land ging. Nimmt man diese Fälle zusammen mit dem, was in der Landmatrix des GIGA Instituts Hamburg⁸ und in Studien anderer Nichtregierungsorganisationen dokumentiert ist, so kommt man auf insgesamt 24 Investitionsprojekte mit großflächiger Landpachtung. Viele dieser Projekte befinden sich noch im Anfangsstadium, so dass derzeit nur Bruchteile der zugesprochenen Flächen bewirtschaftet werden.

Die Faktenlage ist aufgrund fehlender Transparenz völlig unzureichend. Es ist unklar, unter welchen Bedingungen Land erworben wurde. Vereinbarungen über Pachtzahlungen, über die Dauer der Verträge und die Höhe weiterer geplanter Investitionen wie etwa in Infrastrukturprojekte



sind nicht öffentlich zugänglich. Oft wissen selbst die betroffenen Menschen gar nicht, dass das von ihnen bewirtschaftete Land ihnen offiziell gar nicht mehr zur Verfügung steht. Zwar ist laut Gesetz eine Einbeziehung der Betroffenen zwingend erforderlich, doch wird dies wegen der Unkenntnis der Landbevölkerung über ihre Rechte und des unsicheren Status unter traditionellem Recht häufig umgangen. Dazu kommt, dass laut *Transparency International*⁹



Kwanga Milunga, Dorfcchef von Milunga, zeigt die Überreste des Jatrophafeldes.

die Ministerien für Land weltweit zu den korruptesten Regierungsstellen gehören. Fehlende Transparenz, fehlende Rechenschaftspflicht und Ungleichbehandlung von Staatsland gegenüber dem mündlich und lokal tradierten Landrecht (*Customary Land*) sowie eine überforderte Bürokratie erleichtern es Investoren, Vorschriften zu umgehen.

In Sambia wird die Landfrage durch die Einrichtung der halbautonomen *Zambia Development Agency (ZDA)*¹⁰ noch undurchsichtiger. Diese wurde 2006 durch Zusammenlegung verschiedener Behörden gegründet, um die Privatisierung voranzutreiben und vor allem um ausländische Investoren ins Land zu holen. Sie agiert als Vermittlungsstelle zwischen den lokalen Autoritäten und den Investoren und erwirbt selbst Land, das sie in einer Landbank verwaltet.

Die ZDA kann nur Staatsland verpachten. Wenn *Customary Land* in Staatsland umgewidmet wurde und durch die ZDA verwaltet wird, ist es dem Zugriff der *Chiefs* und der Dorfgemeinschaften endgültig entzogen, auch wenn ein Projekt scheitert und die Investoren das Land nicht mehr benötigen. Dies zeigt sich auch am Beispiel der Investition, die die deutsche Firma Ferrostaal im Westen Sambias getätigt hat.



Ferrostaals Engagement in Mpika¹¹

Durch Berichte unter anderem von Ignacius Chama, dem Bischof der Diözese Mpika, wurde die KASA auf das Engagement von Ferrostaal in Zusammenarbeit mit der süd-afrikanischen Firma *Deulco Renewable Energy* in der Provinz Mpika aufmerksam. Dabei geht es um 191 103 Hektar Land, die über die ZDA an Ferrostaal übergeben wurden, um *Jatropha* anzupflanzen. Bisher werden allerdings nur etwa 7,5 Hektar tatsächlich genutzt. Da in diesen Berichten davon die Rede war, dass im Zuge der intransparenten Landkäufe die ansässigen Bauern vertrieben wurden, beschloss die KASA gemeinsam mit den örtlichen Partnern *Zambia Land Alliance* und *Caritas Zambia*, dem nachzugehen. Um die Hintergründe der Investitionen von Ferrostaal näher zu beleuchten, befragte das Forschungsteam¹² im November und Dezember 2011 relevante Vertreter der Behörden und Mitglieder der betroffenen Gemeinschaften.

2009 wurde erstmals von einer Absichtserklärung (*Memorandum of Understanding*, MoU) zwischen der ZDA und Ferrostaal berichtet¹³. Darin geht es laut Zeitungsmeldungen um den Aufbau einer *Jatropha*-Plantage und einer Biodiesel-Produktion im Norden der heutigen Provinz Muchinga (*Distrikt Mpika*). Der Gesamtwert der Investitionen wird auf 400 bis 500 Millionen US-Dollar geschätzt.

Das Unternehmen Ferrostaal

Gegründet 1910 in den Niederlanden, hat das Unternehmen derzeit etwa 5 800 Mitarbeiter. Der Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit von Ferrostaal liegt im Energiesektor, traditionell in den Bereichen Öl, Gas und Atomkraft, neuerdings auch in der Solarenergie und Biotreibstoffen. Nach mehreren Verkäufen in den letzten Jahren gehört Ferrostaal nun zu dem hanseatischen Handelsunternehmen MPC und hat seinen Sitz in Essen. Das krisengeschüttelte Unternehmen steht immer wieder unter Korruptionsverdacht und war 1999 an einem dubiosen Waffenhandel mit Südafrika beteiligt.

Nach Aussage des Vizepräsidenten von Ferrostaal, Horst Weretecki, handelt es sich bei der Investition um ein fünfjähriges Projekt ab Januar 2011, dessen Ziel die Produktion von Kraftstoffen bei gleichzeitiger Schaffung von Arbeitsplätzen und Infrastruktur ist.



In Mpika selbst wird nicht von Ferrostaal, sondern von einem „deutschen Investor“ gesprochen. Einige lokale Regierungsbeamte, die erst nach den Wahlen 2011 ihr Amt übernommen hatten, wussten von dem Ferrostaal-Projekt nichts und brachten die Nachfragen des Forschungsteams der ZLA regelmäßig mit der sambischen Firma *ZamPalm* in Zusammenhang. Die Zusammenarbeit zwischen *ZamPalm*, der lokalen Regierung und den Dorfstrukturen scheint jedoch nach Aussage der Betroffenen und offizieller Gesprächspartner sehr viel positiver und transparenter zu sein als die mit Ferrostaal.

Die **Jatrohaphanze** stammt ursprünglich aus Mittelamerika und wurde von portugiesischen Seefahrern nach Afrika und Asien gebracht. Sie wächst bei guten klimatischen Voraussetzungen sehr schnell. Steigende Rohölpreise und der Klimawandel haben dazu geführt, dass seit dem Jahr 2000 verstärkt nach Energie aus nachwachsenden Rohstoffen gesucht wird. *Jatropha* wird dabei ein hohes Potenzial zugeschrieben.¹⁴



Vertreter aus dem Dorf Mutisamba erzählen ihre Geschichte.



Der Distrikt Mpika

Mpika ist mit 41 000 km² der größte Verwaltungsbezirk in Sambia. Der Großteil seiner 220 000 Bewohner lebt von der kleinteiligen Landwirtschaft, wobei die traditionellen Oberhäupter der Dörfer, die *Chiefs*, nach wie vor das Land verwalten. Etwa 180 100 Hektar, also 4,4 Prozent der Fläche Mpikas, sind als fruchtbares Ackerland klassifiziert, 7 300 Hektar werden bewässert und insgesamt knapp 17 000 Hektar bewirtschaftet. Ein großer Teil der Fläche gehört zu den *Miombo Woodlands* – einer Ökoregion, die sich über weite Teile des Südlichen Afrika erstreckt.

Die Regierung versucht, mit Hilfe ausländischer Investoren das Potential der zurzeit ungenutzten Flächen stärker auszuschöpfen. So ist zu verstehen, dass laut der Vereinbarung mit der ZDA Ferrostaal 191 103 Hektar Land für sein Projekt beansprucht, was die als fruchtbar klassifizierte Fläche in dem Distrikt sogar übersteigt.

In Sambia fühlen sich die Menschen immer noch stark den traditionellen Strukturen verbunden. Die Zugehörigkeit zu den jeweiligen *Chiefs* ist den Menschen, insbesondere auf dem Land, nach wie vor wichtig. Im Falle des Ferrostaal-Projekts ist das Land zweier *Chiefs* betroffen: Mpepo stellte

rund 117 954, Chikwanda 73 149 Hektar zur Verfügung. Die Verhandlungen wurden von der ZDA geführt. Dabei bleibt völlig im Dunkeln, was verhandelt, was gezahlt und was mit *Chief* Mpepo vereinbart wurde. Aus den Gesprächen mit den Dorfbewohnern vor Ort wurde deutlich, dass der Chief seine Dorfgemeinschaft weder konsultierte noch über den Landverkauf in Kenntnis setzte.

Auf dem betroffenen Land leben viele Kleinbauern, die nicht über die Konsequenzen informiert wurden. Bei dem Handel ist entscheidend, dass das Land von der traditionellen Form unter der Verwaltung des *Chiefs* und im Besitz der Gemeinschaft in Staatsland überging. Auch wenn der Ferrostaal das Land nicht mehr nutzen und zurückgeben würde, bliebe es in Staatsbesitz und könnte von der Bevölkerung nur kostenpflichtig zurückgepachtet werden.

*„Wenn wir von Umsiedlung sprechen, dürfen wir nicht immer nur an den Verlust von Häusern denken. Es geht dabei auch um den Verlust von Feldern, von Weiden und anderen gemeinschaftlichen Ressourcen wie Wäldern.“
Ein Dorfbewohner von Mpepo*



Plantage im Chikwanda Chiefdom

Ein Teil des im Chikwanda *Chiefdom* liegenden Gebietes ist für die Aussaat und Aufzucht von *Jatropha* vorgesehen. Nach Auskunft eines Vertreters der örtlichen Landwirtschaftsbehörde (*District Agriculture Coordinator Office*,



Jatropha-Samen aus der Gärtnerei.

DACO) sollten 25 Prozent der Fläche auch weiterhin zum Anbau von Getreide für die lokale Bevölkerung genutzt werden können. Der DACO-Vertreter verweist zudem auf die positiven Entwicklungen, die sich aus der Investition ergeben würden und die im Vertrag festgelegt worden seien, etwa die Schaffung von Arbeitsplätzen auf den Plantagen und der Bau von Straßen, Schulen und eines Krankenhauses.

Da die Verträge offensichtlich unter hohem Zeitdruck abgeschlossen wurden, blieb keine Zeit, um im Vorfeld die Böden auf ihre Eignung für den Anbau von *Jatropha* zu überprüfen. Auf Nachfrage berichtet der Mitarbeiter der DACO von Konflikten mit Viehbesitzern, deren Weidegebiet durch die Plantagen stark verkleinert würde. Außerdem widersprechen die geplanten Plantagen der vorherrschenden Vorstellung, dass Land gemeinschaftlich genutzt werden solle.

Deluco, die südafrikanische Partnerfirma von Ferrostaal, schickte im Mai 2010 zwei Wissenschaftler nach Chikwanda. Sie legten ein Versuchsfeld mit *Jatropha* an und betreuten es sechs bis acht Monate lang. Dazu wurden drei Sicherheitsbeamte und 21 Gelegenheitsarbeiter eingestellt, zu deren Aufgaben der Bau eines Zauns und die Installation



einer Wasserpumpe sowie die Vorbereitung des Bodens für die nachfolgende Bepflanzung gehörten. Die Pflanzschule wurde auf eineinhalb, die erste Plantage auf zwei Hektar angelegt. Die Arbeiter sollten von Mai 2010 bis Februar 2011 für einen monatlichen Lohn von 320 000 Kwacha beschäftigt werden.¹⁵ Im Dezember 2010 reisten die Wissenschaftler von Deulco mit der Beteuerung ab, bald wiederzukommen. Das veranlasste die Arbeiter, die Arbeit in der Plantage und Pflanzschule bis Juni 2011 fortzusetzen, ohne jedoch dafür entlohnt worden zu sein.

Der vereinbarte Lohn lag bei einem Mehrfachen des regionalen Durchschnitts, so dass sich die Arbeiter Fahrräder, Matratzen oder Decken leisten konnten, die ansonsten für sie kaum erschwinglich gewesen wären.

Etwas ein Sechstel der Fläche konnten die Familien der Arbeiter dazu nutzen, Lebensmittel anzubauen. Doch nachdem die Bezahlung ausblieb und für die Wasserpumpe kein Treibstoff mehr vorhanden war, konnten diese Gärten auch nicht weiter bewirtschaftet werden.

Auf Nachfrage von ZLA gab der technische Leiter der lokalen Landwirtschaftsbehörde (PTO) an, dass er das Problem der ausstehenden Löhne direkt bei der ZDA angesprochen habe. Die ZDA wiederum antwortete, es sei eine

Sache zwischen den Unternehmen (Ferrostaal und Deulco) und den Arbeitern, in die sie sich nicht einmischte. Eine Lösung steht bis heute aus.

Aus dem Emailverkehr zwischen dem PTO und den Firmen, der dem Forschungsteam vorliegt, geht hervor, dass Ferrostaal das gesamte für die Investition nötige Kapital zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht vorweisen konnte, so dass weder eine Weiterbeschäftigung der Wissenschaftler noch eine Ausdehnung des Projekts möglich war.

Plantage im Mpepo Chieftom

Chief Mpepo hat eigenen Angaben zufolge mit Vertretern von Deulco einen Pachtvertrag über 250 Hektar mit einer Laufzeit von fünf Jahren unterzeichnet – ohne jedoch eine Kopie davon erhalten zu haben. Die Firma wolle, so der *Chief*, *Jatropha* anbauen, das für den lokalen Markt zu Öl und Seife weiterverarbeitet werden solle. Darüber hinaus sollten von dem Investor eine Schule, eine Klinik und eine Kirche gebaut werden.

Für den Anbau von *Jatropha* wurden in der zu *Chief* Mpepo gehörenden Gemeinden Mimbebu und Mitusamba



im Februar 2011 für zwei Parzellen mit je zwei Hektar 40 Arbeiter für 14 Tage zu einem Lohn von 220 000 Kwacha eingestellt. Die Bewohner berichten, weder sie noch der *Chief* oder der Ortsvorsteher hätten während des gesamten Prozesses Mitsprachemöglichkeiten gehabt. Alle Entscheidungen seien vom Landwirtschaftsministerium ohne Rücksicht auf gängige Abläufe beim Landerwerb gefällt worden.

Angeblich empfahl *Chief* Mpepo den betroffenen Haushalten, das Gebiet zu verlassen. Dieser Aufforderung kamen auch 50 Familien nach; sie hatten jedoch Schwierigkeiten bei der Suche nach alternativem Land in den umliegenden Gemeinden.

„ Als die Weißen [die Investoren] kamen, war ich gerade vor Ort. Sie sagten uns, dass sie das Land gekauft hätten und dass wir unsere Häuser räumen müssten und das Land nicht mehr bewirtschaften dürften. Da dachte ich noch: kann das wahr sein? Ich sagte: in Ordnung, denn sie hatten das Land ja gekauft und Weiße sind immer etwas schwierig. Im Dezember 2010 habe ich dann mein Land aufgegeben.“

Ein Dorfbewohner von Mpepo (Mutisamba)



Ein ehemaliger Arbeiter zeigt dem Researchteam das Versuchsfeld.



Die betroffenen Familien wurden sowohl von der lokalen Regierung als auch von den *Chiefs* alleine gelassen. Von ihnen war offensichtlich keine Unterstützung oder Kompensation bei Umsiedlungen zu erwarten und sie hielten sich nicht an ihre eigenen Gesetze und Regeln. Vielmehr nutzten sie den Umstand aus, dass der Großteil der ländlichen Bevölkerung nicht über ihre Rechte informiert ist.

Obwohl der Anteil des Landes, der bereits genutzt wird, noch relativ gering ist, sind bereits heute elf Dörfer betroffen. Die Dorfgemeinschaften beklagen, dass sie bisher noch nicht einmal darüber informiert wurden, wie viel Fläche letztendlich insgesamt abgegeben wurde.

Auswirkungen

Die Lebensgrundlage und die Ernährungssicherheit zahlreicher Menschen in der Region sind durch Investitionen von Unternehmen wie Ferrostaal und Deulco auf lange Sicht gefährdet:

Die vergleichsweise hohen Löhne aus der kurzfristigen Beschäftigung verbesserten die Lebensumstände zwar für eine begrenzte Zeit, da die Familien der Arbeiter damit

Güter erwerben, die sie sich zuvor nicht leisten konnten. Davon profitierten die Männer allerdings mehr als die Frauen, da mehr Männer eingestellt worden waren. Die Ungewissheit über den Fortgang der Beschäftigung führte zu einem Gefühl der Unsicherheit und Machtlosigkeit. Gleichzeitig führten die hohen Löhne zu großen Ungleichheiten innerhalb der Dorfgemeinschaft. Hinzu kam, dass die Arbeiter durch den Zugang zur Wasserpumpe weitere Vorteile genossen, die anderen Familien nicht gewährt wurden.

Kritisch zu bewerten ist auch die fehlende Kommunikation zwischen den beteiligten Firmen und den lokalen Behörden auf der einen und den traditionellen Führern und der betroffenen Bevölkerung auf der anderen Seite. Der gesamte Prozess ließ sich sowohl für die Beteiligten als auch für das Forschungsteam nur sehr schlecht nachvollziehen.

Aus den jeweiligen Aussagen geht hervor, dass sich weder die lokale Regierung noch die traditionellen Strukturen an die gesetzlichen Vorgaben und Regelungen hielten. Dieser Umstand lässt, wenn nicht auf Korruption, so doch auf schlechte Regierungsführung schließen. Auch die fehlende Transparenz, die nicht öffentlich zugänglichen Dokumente und Verträge, werfen ein schlechtes Licht sowohl auf die internationalen Vertragspartner als auch auf



die Verantwortlichen auf der lokalen und nationalen Ebene. Die ZDA half den Investoren, regionale Strukturen und Kontrollinstanzen bei der Landakquise zu umgehen. Dabei verschwimmen die Zuständigkeiten zwischen den Ministerien, der ZDA und den *Chiefs*.

Obwohl bisher nur 7,5 Hektar Land bewirtschaftet werden, sind bereits negative Auswirkungen zu spüren. Viele Betroffene thematisierten ihre Sorge um ihre Ernährungssicherheit, denn der Druck auf das verbliebene Land, der allein schon wegen des Bevölkerungswachstums stetig steigt, wird durch die Umsiedlungen deutlich erhöht. So können Brachezeiten nicht mehr konsequent eingehalten werden, was zu Ernteeinbußen führen kann. Darüber hinaus kommt es zu Konflikten zwischen umgesiedelten und alteingesessenen Bewohnern in den Dörfern. Die *Chiefs* nutzen die Situation zum Teil persönlich aus und fordern Gegenleistungen für die Bereitstellung von Land an Kleinbauern.¹⁶

Die vertriebenen oder umgesiedelten Familien haben von keiner Seite bisher Entschädigung oder Unterstützung erhalten, ihre Situation hat sich also deutlich verschlechtert. Die ohnehin schwierige Ernährungslage wird durch die geringer werdende Fläche weiter verschärft. Die Regierung

„Wenn du keine Kuh hast oder kein Geld, gibt dir der Chief auch kein Land. Es ist nicht für das Land selbst, sondern nur für die Erlaubnis dort zu leben und ein Feld zu bewirtschaften.“

Rita Chungu, Mutisamba

versucht zwar, hier Entwicklungsmöglichkeiten zu schaffen, setzt aber nicht auf die Förderung der Subsistenzwirtschaft, sondern auf so genannte Farmblocks, in denen große und mittelständische Farmer zusammen angesiedelt werden sollen. Von den Investitionen in die dortige Infrastruktur würden dann auch die lokalen Kleinbauern profitieren, so hofft die Regierung.

Bisher kann über die Auswirkungen, die eine volle Auslastung des Projektes auf die Umwelt und das Ökosystem haben würde, nur spekuliert werden. Obwohl *Jatropha* in den Versuchen auch ohne viel Pflege gut wächst, war der Anbau bisher kein durchschlagender Erfolg. Grundsätzlich gibt es aber keine Verträglichkeitsstudie für Sambia, in der die Folgen des *Jatropha*-Anbaus geprüft worden wären. Allgemein bekannt sind die negativen Auswirkungen auf die Biodiversität und die Bodenverschlechterung bei der



Umwandlung von Wald- bzw. Buschland in Monokulturen, was wiederum einen erhöhten Bedarf an Dünger und Pestiziden nach sich zieht. Sicher ist auch, dass die Erholungsphase der Böden kürzer werden wird.

Ferrostaal hatte angekündigt, eine Fläche von etwa 191 103 Hektar zu pachten. Insgesamt gibt es in der Region aber nur rund 180 000 Hektar fruchtbares Land. Würde Ferrostaal das Projekt tatsächlich in vollem Umfang realisieren, hätte die lokale Bevölkerung keine Möglichkeit mehr, auf andere gleichwertige Flächen auszuweichen. Schon jetzt hat die Verknappung des Landes negative Auswirkungen. Die Brachen und Wälder tragen noch zur Ernährungssicherheit bei und sind eine nicht zu unterschätzende zusätzliche Einnahmequelle für Kleinbauern. Wenn die Feldarbeit ruht, wird Holzkohle hergestellt oder es werden Wildfrüchte und Delikatessen wie Larven und Raupen gesammelt und verkauft. Ohne die Brachen ist das Land in dieser Region Sambias aber nur schwer nachhaltig nutzbar.

Ferrostaal hatte bei der Bevölkerung immense Hoffnungen geweckt hinsichtlich der Höhe der Investition, der Schaffung von Arbeitsplätzen, des Baus von Schulen, Kliniken und sogar einer Kirche. Doch in einem Brief an die KASA betonte Ferrostaal, in dem MoU sei nur die Anlage

einer Testpflanzung vereinbart worden und sie hätten sich „im Jahr 2010 aus übergeordneten strategischen Gründen aus dem Projekt zurückgezogen“¹⁷. Anders als die versprochenen positiven Folgen der Investition wurde dieser Schritt jedoch in Sambia offenkundig nicht kommuniziert, weder gegenüber den regionalen Behörden noch gegenüber den Betroffenen.



Arbeiter auf der Buffalo-Farm im Choma-District.



DWS – die Fonds-Tochter der Deutschen Bank¹⁸

Die Nichtregierungsorganisation FIAN berichtete 2010¹⁹ über die Beteiligung der Deutschen Bank an Landkäufen in Sambia über den DWS *Global Agricultural Land and Opportunities Fund* (GALOF). Der Private Equity Fonds wird durch ein in Singapur ansässiges Unternehmen (*Duxton Asset Management*) verwaltet, das in Sambia über eine weitere Firma (*African Crops Limited*) vornehmlich Farmen mittlerer Größe aufkauft und zusammenfügt. Es handelt sich hier um 27 000 Hektar Staatsland im Bezirk Choma in der Südprovinz, das bereits seit den 1920iger Jahren im Besitz von Privatleuten ist, die dort hauptsächlich Tabak anbauen. DWS-GALOF verspricht seinen Anlegern eine Rendite von bis zu 18 Prozent – ein sehr ambitioniertes Ziel: Offenbar rechnet die Fondsgesellschaft mit dem Niedergang der simbabwischen

Tabakproduktion und der daraus resultierenden Chance für Sambia.

Zwar profitieren die angrenzenden Kleinbauern und Dorfgemeinschaften ebenfalls von den Großfarmen, sie sind aber in Bezug auf den Zugang zu Wasser und Arbeitsplätzen auch abhängig von ihnen und haben keinerlei rechtliche Absicherung.

Für *Zambia Land Alliance* ist der Fall einerseits wegen der beschriebenen Abhängigkeiten interessant, andererseits auch deshalb, weil die ursprünglichen Landenteignungen im letzten Jahrhundert nie wirklich bearbeitet worden waren.

Zambia Land Alliance fand außerdem heraus, dass die Spur aller beteiligten Firmen letztendlich auf den Kaimaninseln endet – eine Steueroase, durch die sich die Deutsche Bank Einsparungen ermöglicht.



Zusammenfassung



Jatropha-Plantage

Besonders in Gegenden, in denen die Landnutzung überwiegend traditionell organisiert ist, gibt es kein ungenutztes oder langfristig frei verfügbares Land. Der Wanderfeldbau benötigt riesige, sich regenerierende Flächen, da die Böden nicht besonders fruchtbar sind. Es zeigt sich, dass das *Citemene*-System auch ohne großflächige Pachtung durch Investoren bereits an seine Grenzen stößt. Derzeit wird jedoch nicht darüber diskutiert, wie das Problem gelöst werden könnte. Die neue sambische Regierung hat dazu bisher noch keine Politik erarbeitet, und das Landgesetz von 1995 hat Lücken, auf die Organisationen wie *Zambia Land Alliance* (ZLA) und Caritas seit Langem hinweisen. Wenn immer mehr fruchtbares Ackerland in private Hände gelangt, wird eine Diskussion um gesamtwirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungsziele und -wege immer schwieriger.

Bisher gibt es keine zuverlässigen Daten darüber, wie viel Land tatsächlich von wem für welchen Zweck gepachtet wurde. Offiziellen Zahlen zufolge sind 94 Prozent des Landes *Customary Land*, die verbleibenden 6 Prozent wären demnach Staatsland. Nach einigen Studien, auf die die ZLA verweist, gab es in den letzten Jahren eine dramatische Verschiebung, so dass man jetzt von etwa 40 Prozent Staats-



land ausgehen muss, das für bis zu 99 Jahre überwiegend an Privatpersonen und Konzerne verpachtet ist.

Der **Ferrostaal**-Fall hat gezeigt, dass eine Umgehung der nationalen und lokalen Regeln durch Institutionen wie die *Zambia Development Agency* (ZDA) nur deshalb möglich ist, weil die traditionellen Strukturen rechtlich schwach sind und die ländliche Bevölkerung nur unzureichend über ihre Rechte und Möglichkeiten informiert ist.

Viele Dorfbewohner berichteten von einem Gefühl der Machtlosigkeit, da alle Instanzen über ihre Köpfe hinweg entschieden hätten. Außerdem seien sie bedroht und zum Schweigen gezwungen worden. Es wurde deutlich, dass auf allen Ebenen bisher Mechanismen für das Monitoring und die Evaluierung der Verträge fehlen.

Der Vertreter des *District Agriculture Coordinator Office* (DACO) in Mpika²⁰ sprach von einem allgemeinen Schaden, den das Image der deutschen Unternehmen durch das Verhalten von Ferrostaal – die als *German Investors* bezeichnet werden – genommen habe. Für das Vertrauen der Menschen in zukünftige Investitionen sei es daher entscheidend, wie sich Ferrostaal dazu verhalte.

Die Investitionen durch den **DWS-Fonds** im Distrikt *Choma* sind ganz anders zu bewerten. Hier handelt es sich

nicht um Landgrabbing, sondern um Landkonsolidierung. Großfarmen werden in der Hoffnung zu Agrarunternehmen zusammengefasst, dass sie noch effektiver wirtschaften. Die Enteignung fand während der Kolonialzeit statt und hat mit den derzeitigen Aufkäufen wenig zu tun. Dieser Fall wird aber von der ZLA für ebenso wichtig erachtet, da einerseits die koloniale Landnahme nach wie vor nicht bearbeitet wurde, andererseits auch hier das Landgesetz Lücken aufweist, die die Kleinfarmer und Dorfgemeinschaften vom guten Willen der Großfarmer abhängig macht, etwa beim Zugang zu Wasser.

Darüber hinaus ist es fraglich, ob eine nachhaltige Nutzung des Landes bei dem immensen Druck, der durch die Renditeversprechungen des DWS-Fonds entstand, überhaupt möglich ist.



Empfehlungen für die Weiterarbeit...

...für Ferrostaal

Nachdem Ferrostaal inzwischen offiziell gegenüber der KASA das Ende des Projektes kommuniziert hat, wäre es angebracht, auch die örtlichen Partner davon in Kenntnis zu setzen, die ausstehenden Löhne zu begleichen und alle offenen Fragen mit der Bevölkerung direkt zu klären. Darüber hinaus sollten Dokumente und Verträge sowohl den lokalen Regierungsstellen als auch den betroffenen Bevölkerungsgruppen zugänglich gemacht werden, um wenigstens im Nachhinein Transparenz zu schaffen.

Für die Zukunft sollten sämtliche Transaktionen und Investitionen öffentlich nachvollziehbar sein und sich nach den Gesetzen im Investitionsland richten. Dabei wäre in Sambia zu beachten, dass auch lokale Gemeinschaften an den Entscheidungsprozessen beteiligt werden.

...für Sambia

Derzeit steht der erste Entwurf für eine neue Verfassung zur Diskussion, was für die **Zivilgesellschaft** eine große Chance bedeutet, die zukünftige Politik mitzugestalten.

Zambia Land Alliance hat den Entwurf bereits kommentiert und sich vor allem auf die Aspekte Transparenz und Partizipation konzentriert. Eine der wichtigsten Forderungen ist die rechtliche Gleichbehandlung von traditionellem und modernem Landrecht hinsichtlich des Zugangs zu Finanzmitteln oder des Schutzes vor Aberkennung von Nutzungsrechten. Entscheidend ist darüber hinaus, dass nach dem Ende eines Projektes Staatsland rechtsverbindlich wieder in *Customary Land* umgewandelt wird, um die schleichende Privatisierung von Gemeinschaftsland zu verhindern.

Sambische Nichtregierungsorganisationen können den Fokus der Regierung auf Korruptionsbekämpfung dazu nutzen, Landkäufe auf Korruptionsverdacht hin zu untersuchen und gegebenenfalls darauf zu drängen, dass sie rückgängig gemacht werden. Hier kann die von KASA initiierte Studie der *Zambia Land Alliance* einen wichtigen Beitrag leisten, da mit der neuen Regierung neue Chancen für die Lobbyarbeit entstanden sind.

Die **Regierung** muss dringend in einen konstruktiven Diskurs über die Landpolitik in Sambia eintreten und die Ergebnisse, die sich aus der Diskussion um die neue Verfassung ergeben, in einem neuen Landgesetz verankern.



Dazu gehört auch ein *Land Audit*, um den scheinbaren, nur auf dem Papier existierenden Landerwerb sichtbar zu machen.

Die Rolle der ZDA als halbstaatliche Organisation muss vor allem gegenüber den zuständigen Ministerien geklärt werden; dabei sind auch ihre Zuständigkeiten und ihr Nutzen zu überprüfen.

Auch traditionelle Formen der Landverwaltung brauchen Kontrollinstanzen, um eine einseitige Vorteilnahme von Seiten der *Chiefs* zu verhindern. Die *Chiefs* selbst brauchen Know-how im Umgang mit internationalen Unternehmen, deren Versprechungen, Rechte und Pflichten, um kompetente Entscheidungen über die Vergabe von Land fällen zu können. Hier wäre auch zu klären, ob das System überhaupt langfristig tragfähig ist und für Gemeingüter nicht eher neue Strukturen und Verfahren entwickelt werden müssen, die transparenter und demokratischer sind.

Kleinbauern brauchen Zugang zu Krediten und Weiterbildung – und zu beruflicher Bildung, um sich gegebenenfalls auch gegen die Landwirtschaft entscheiden zu können.

...für Deutschland

Partnerschaftsgruppen mit Beziehungen zu Sambia können die Ergebnisse der Studie dazu nutzen, mit ihren lokalen Partnern über den Umgang mit Land, ihre Rechte und Möglichkeiten zu diskutieren und gemeinsam Strategien zur Verbesserung von Rahmenbedingungen zu erarbeiten, die als Empfehlungen oder Forderungen an die jeweilige Regierung gestellt werden können.

Die **Bundesregierung** muss großflächige Landkäufe deutscher Firmen offenlegen und aktiv überprüfen, ob dabei Menschenrechte verletzt werden.

Für Investitionen im Ausland müssen verbindliche menschenrechtliche, soziale und ökologische Standards definiert und durchgesetzt werden. Die Leitlinien des BMZ könnten dafür als Grundlage dienen.

Die **Zivilgesellschaft** sollte eine breit angelegte Diskussion über Gemeingüter und Gemeinschaftsbesitz anstoßen, um Alternativen zum Privateigentum und Wege der Unterstützung und Förderung jenseits der Profitmaximierung zu entwickeln – nicht nur in Bezug auf die developmentalspolitische Zusammenarbeit.



Zambia Land Alliance (ZLA) ist ein Netzwerk von Nicht-regierungsorganisation, das sich für gerechte Landpolitik und -gesetze einsetzt, die die Interessen der Armen und Benachteiligten berücksichtigen. Die Allianz kämpft für ein Sambia, in dem die ländlichen und städtischen Armen für ihre eigene Entwicklung gesicherten und selbstbestimmten Zugang zu Land haben.

Jessica Chu promoviert im *Department of Anthropology and Sociology* an der *School of Oriental and African Studies* in London und forscht derzeit über Ernährungssysteme, Ernährungssicherheit, landwirtschaftliche Entwicklung und Landrechte in Sambia.

Die **Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika** (KASA) versteht sich als ökumenische Informations- und Servicestelle zum Südlichen Afrika und als Lobby- und Kampagnenbüro zu ausgewählten Themen sozialer und wirtschaftlicher Gerechtigkeit im Kontext von Globalisierung und Klimawandel.

Die KASA wurde 1996 auf Initiative der Werkstatt Ökonomie als Kooperationsprojekt kirchlicher Gruppen und Organisationen gegründet und ist seither bei der Werkstatt Ökonomie in Heidelberg angesiedelt. Sie versteht sich als



Jessica Chu (ZLA) mit Boniface Mabanza und Simone Knapp in Mpika

Schnittstelle zwischen Gruppen und Organisationen im Südlichen Afrika und Europa, die sich für soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit einsetzen. Die KASA öffnet Räume für die Diskussion von Alternativen und möchte Menschen Gehör verschaffen, deren Stimme von den Mächtigen allzu oft überhört wird („Voice & Space“). Grundlage dafür sind Partnerbeziehungen auf Augenhöhe. Die Impulse aus dem Südlichen Afrika nimmt die KASA in ihre Solidaritätsarbeit auf und bringt sie in die politische Debatte hierzulande ein.



- ¹ Stephan Bernecke / Andrea Beste (2012): Die Ernte der Heuschrecken. Das weltweite Landgrabbing und die Verantwortung Europas, siehe <http://tinyurl.com/cvuc2dt>.
- ² CDE, CIRAD, GIGA, GIZ, ILC (Hrsg., 2012): Transnational Land Deals for Agriculture in the South. Analytical Report based on the Land Matrix Database, S.9, siehe <http://tinyurl.com/cfmwmpy>.
- ³ Sämtliche Zahlen – außer der Fläche des Landes – sind ungesichert, da unterschiedliche Quellen unterschiedliche Zahlen angeben. So schwanken zum Beispiel die Angaben zum jährlichen Bevölkerungswachstum zwischen 1,59 (indexmundi) und 3,15 Prozent (sambische Regierung).
- ⁴ Ein *Land Audit* soll die tatsächliche Verteilung sowie die entsprechenden Besitzverhältnisse des Landes erheben und statistische Daten liefern.
- ⁵ Julius Nyerere, zitiert nach Frightone Sichone (2008), S.3.
- ⁶ Bei einer Ökoregion handelt es sich um eine ökologisch geografische Einheit mit charakteristischen Kombinationen von Boden und Geländeformen, siehe <http://de.wikipedia.org/wiki/%C3%96koregion>.
- ⁷ Oakland Institute (2011): Understanding land investment deals in Africa. Country report Zambia. Oakland, 2011.
- ⁸ Vgl. <http://landportal.info/landmatrix>.
- ⁹ Transparency International (2011): Corruption in the land sector. Berlin, April 2011.
- ¹⁰ Vgl. <http://www.zda.org.zm/>.
- ¹¹ Jessica Chu (2012): Investigation into German involvement in land grabbing in Zambia. Case study of the Ferrostaal investment in Zambia. ZLA, Lusaka, Februar 2012.
- ¹² Neben Jessica Chu gehörten dem Forschungsteam Raphael Chikwampu (ZLA) und Kabby Salisimu (Monze DLA) an.
- ¹³ Vgl. unter anderem <http://www.globaltimes.cn/business/world/2009-06/436578.html>.
- ¹⁴ Brot für die Welt (2012): Jatropha. Wunderpflanze oder Bedrohung für die Armen Tansanias? Aktuell 25, Stuttgart, Mai 2012.
- ¹⁵ Das entspricht ca. 53 Euro; ein durchschnittliches Jahreseinkommen beträgt ca. 500 000 Kwacha.
- ¹⁶ Aus den Berichten geht hervor, dass nur die Familien in anderen Dörfern ausreichend Land zugewiesen bekamen, die dem Chief als Gegenleistung eine Kuh anbieten konnten. Es gibt zwar auch traditionelle „Geschenke“ an den Chief, doch die Erwartungen an solche Gegenleistungen sind deutlich angestiegen.
- ¹⁷ Brief vom 20. Mai 2012
- ¹⁸ Jessica Chu (2012): Investigation into German involvement in land grabbing in Zambia. Case study of the DWS investment in Zambia. ZLA, Lusaka, March 2012.
- ¹⁹ FIAN (2010): German investment funds involved in land grabbing. <http://tinyurl.com/cxzjcv5>.
- ²⁰ Im Gespräch mit den KASA-KoordinatorInnen am 11.4.2012.



Impressum

Titelbild: Dorfrat, Distrikt Mpika, Sambia

Fotos: Jessica Chu (ZLA), KASA

Text: Simone Knapp

Redaktion: Boniface Mabanza, Uwe Kleinert,
Simone Knapp,

KASA – Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika
c/o Werkstatt Ökonomie
Obere Seegasse 18, 69124 Heidelberg

Telefon: (06221) 4 33 36-12

Telefax: (06221) 4 33 36-29

E-Mail: kasa@woek.de

Bankverbindung:

KASA c/o Werkstatt Ökonomie

Konto 801 885 1600

GLS Gemeinschaftsbank eG BLZ 430 609 67

www.kasa.woek.de

Heidelberg, August 2012

Konzept & Layout: Bettina Bank, Heidelberg

Druck: Druckhaus Diesbach, Weinheim







Herausgegeben von



Mit finanzieller Unterstützung von

